



zukunftsforum
familie e.v.

Sachbericht zur Vorlage im BMFSFJ

Zuwendungszeitraum 03-12/2020 und 01-02/2021

Zukunftsforum Familie e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: 030 2592728-20
Fax: 030 2592728-60

info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

I. Ziele und Schwerpunkte im Jahr 2020

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) hat sich auch im Jahr 2020 seinen Zielen entsprechend für eine solidarische, demokratische, kindbezogene und geschlechtergerechte Familienpolitik eingesetzt, welche sich als politische Querschnittsaufgabe versteht. Mitglieder, Vorstand und Geschäftsstelle hatten dabei insbesondere folgende Schwerpunkte im Blick:

A. Thematische Schwerpunkte

1. Familien in der Corona-Krise
2. Kinder- und Familienarmut im Blick: Mitarbeit bei der Nationalen Armutskonferenz und dem Bündnis Kindergrundsicherung
3. Debatte um die Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts
4. Gründung des Bündnisses „Sorgearbeit fair teilen“

B. Innerverbandliche Weiterentwicklung:

5. Neugewinnung von Mitgliedern und Mitgliederbetreuung
6. Wechsel im Vorstand
7. Personalentwicklung
8. Beitritt zur Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“
9. Umbau der Website www.zukunftsforum-familie.de

C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

10. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
11. Austausch mit politischen Akteur*innen
12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“
13. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

D. Weitere Aktivitäten

14. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen
15. Verbandszeitschrift „vielfalt familie“
16. Teilnahme an Veranstaltungen

II. Aktivitäten im Jahr 2020 zur Umsetzung der Ziele

Zur Umsetzung der Ziele hat das ZFF diverse Strategien verfolgt:

- Der intensive **Austausch mit den Mitgliedern** des ZFF hat die inhaltliche Arbeit geschärft, Positionen verbessert und die Mitgliederbindung erhöht.
- Durch die Mitarbeit in **Bündnissen, Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen und den engen Austausch mit weiteren Familien- und Sozialverbänden** konnten Ansätze breit diskutiert und weiteres Wissen aufgebaut werden.
- Inhaltliche Positionierungen in Form von **Stellungnahmen** und **Positionspapieren** haben das ZFF in den thematischen Feldern eindeutig verortet und als Gesprächspartner für Politik, Fachöffentlichkeit und Mitglieder weiter qualifiziert.
- **Fachgespräche** haben dazu beigetragen, Wissen aufzubauen und politische Handlungsansätze in der Fachöffentlichkeit zu diskutieren.
- Die regelmäßige **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** hat inhaltliche Einschätzungen und langfristige Positionierungen des ZFF in eine breite Öffentlichkeit gestreut.
- Der regelmäßig erscheinende **Newsletter** „ZFF-Info“ hat Mitglieder, politische Entscheidungsträger*innen und Fachöffentlichkeit über aktuelle familienpolitische Entwicklungen informiert und das ZFF als Akteur sichtbar gehalten.

Die Aktivitäten waren im Einzelnen:

A. Thematische Schwerpunkte

1. Familien in der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 das Leben der Menschen und Familien in Deutschland und weltweit grundlegend verändert und auch die Arbeit des ZFF bestimmt. Seit März 2020 hat das ZFF die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen in Stellungnahmen kommentiert, presseöffentlich begleitet und seine Mitglieder z. B. im Rahmen von Sonder-Mitgliederbriefen im April 2020 (aktualisiert im Juli 2020) sowie die (Fach-)Öffentlichkeit über aktuelle Unterstützungen für Familien und Lücken in den Hilfesystemen informiert. Bei unserer Arbeit konnten wir dabei auch auf den engen Austausch mit Mitgliedsverbänden aufbauen, die uns von den Erfahrungen ihrer Arbeit mit Familien vor Ort berichtet haben. Im Dezember 2020 (aktualisiert im März 2020) hat sich das ZFF unter dem Titel „Familien auch in Krisenzeiten gut absichern! Zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Corona-Pandemie“ in einem Positionspapier zur Lage von Familien in der Pandemie positioniert. Vorausgegangen war die gemeinsame Erklärung der ZFF-Mitgliederversammlung „Fürsorge ist systemrelevant! Zwischenrufe des Zukunftsforum Familie e.V.“

Ebenso wurden seit Beginn des Jahres zahlreiche Pressemitteilungen verfasst und der Newsletter „ZFF-Info“ fasste regelmäßig aktuelle familien- und sozialpolitische Informationen zusammen.

2. Kinder- und Familienarmut im Blick: Mitarbeit bei der Nationalen Armutskonferenz und dem Bündnis Kindergrundsicherung

Im Rahmen unserer Mitarbeit in der Nationalen Armutskonferenz hat das ZFF eine gemeinsame Erklärung des Ratschlags Kinderarmut koordiniert und auf den Weg gebracht, welche von 59 Organisationen und Wissenschaftler*innen unterzeichnet wurde. Diese Erklärung, die im Mai 2020

veröffentlicht wurde, ist damit einer der größten zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse zum Thema Kinderarmut.

Auch im Rahmen des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG waren wir im Jahr 2020 intensiv an der fachpolitischen Debatte um Kindergrundsicherungsmodelle verschiedener politischer Parteien beteiligt und begleiteten die Veröffentlichung der Konzepte presseöffentlich. Die interne Arbeit des Bündnisses war geprägt von der Diskussion über einen alternativen Abschmelzmechanismus (im April 2021 veröffentlicht), an welcher sich das ZFF intensiv beteiligte.

3. Debatte um die Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts

Seit Jahren werden Reformen des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht diskutiert, Rechtsgebiete, die angesichts gesellschaftlicher Veränderungen dringend angepasst werden müssen. Im März 2020 beschäftigte sich das ZFF gemeinsam mit dem AWO Bundesverband und dem ISS Frankfurt mit der politischen Debatte und aktuellen Reformbemühungen im Rahmen eines fachöffentlichen Workshops. Zentral wurden Gelingensbedingungen für ein Aufwachsen in Wohlergehen für Kinder und Jugendliche nach Trennung und Scheidung identifiziert. Die Ergebnisse sind in einer ausführlichen Dokumentation nachzulesen.

4. Gründung des Bündnisses „Sorgearbeit fair teilen“

Frauen erledigen einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, insbesondere die Betreuung und Erziehung von Kindern, Hausarbeit sowie Unterstützung und Pflege von Familienangehörigen. Durch die Corona-Pandemie ist diese ungleiche Verteilung der Sorgearbeit deutlich ins Bewusstsein getreten. Im Sommer 2020 hat das ZFF daher das Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“ mitgegründet. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, an dem u. a. Frauenverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligt sind, hat zum Ziel, die geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu fördern.

B. Innerverbandliche Weiterentwicklung

5. Neugewinnung von Mitgliedern und Mitgliederbetreuung

Im Jahr 2020 haben wir als neue Mitglieder den AWO Kreisverband Bielefeld, Renate Drewke, Christiane Reckmann und Wolfgang Stadler begrüßt. Das ZFF ist damit 75 Mitglieder stark, welche u. a. durch den regelmäßigen Infodienst „ZFF-Info“, Mitgliederbriefe und die Möglichkeit der Vorstellung in der ZFF-Verbandszeitschrift sowie den fachlichen Austausch und die Beteiligung an Fachveranstaltungen profitieren.

6. Wechsel im Vorstand

Christiane Reckmann, die (Mit-)Gründerin und langjährige Vorsitzende des ZFF, hat sich zur Mitgliederversammlung im Oktober 2020 aus dem ZFF-Vorstand verabschiedet. Auch Wolfgang Stadler (AWO Bundesverband e.V.) und Renate Drewke (AWO Unterbezirk Hagen-Märkischer Kreis e.V.) haben unseren Vorstand verlassen. Der ursprünglich geplante Festakt zur Verabschiedung wurde aufgrund der Corona-Pandemie verschoben.

Bei dieser Mitgliederversammlung wurde Britta Altenkamp aus dem Bundespräsidium der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die MdL und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Bezirk Niederrhein war bereits Mitglied im Vorstand des ZFF und setzt sich seit über 20 Jahren auf kommunaler und Landesebene für eine solidarische Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ein. Daneben wurden Birgit Merkel (AWO Region Hannover) und Dieter Heinrich (PEV NW) im Vorstand sowie die Beisitzerin Anita Leese-Hehmke (AWO LV Berlin) im Amt bestätigt. Wir freuen uns daneben über neue Vorstandsmitglieder: Selvi Naidu (AWO Bundesverband), Wolfgang Jörg (AWO UB Hagen-Märkischer Kreis), Ines Albrecht-Engel (AWO BV Hannover) und Jürgen Tautz (AWO KV Chemnitz und Umgebung / AWO Landesverband Sachsen).

7. Personalentwicklung

Der Einsatz für eine gute Politik für Familien auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie konnte auch deshalb so gut gelingen, da das Team der Geschäftsstelle stabil, verlässlich und vertrauensvoll miteinander gearbeitet hat. Begünstigend kam hinzu, dass bereits vor der Pandemie alle Mitarbeitenden mit Laptop und VPN-gesichertem Zugang zum Datenserver ausgestattet waren, so dass sich die Geschäftsstelle problemlos frühzeitig auf mobiles Arbeiten umstellen konnte. Bis dato (Mai 2021) arbeiten alle fast ausschließlich von zu Hause aus.

8. Beitritt zur Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“

Dem Zukunftsforum Familie e. V. ist das Vertrauen seiner Mitglieder, Fördermittelgeber*innen und der Öffentlichkeit ein zentrales Anliegen. Nur so können wir uns glaubhaft und gemeinsam für eine solidarische und auf Vielfalt ausgerichtete Politik für Familien einsetzen, ganz im Sinne unseres Vereinszweckes. Dabei spielt die Transparenz unserer wirtschaftlichen Grundlagen eine entscheidende Rolle. Daher haben wir uns im Jahr 2020 der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ von Transparency International Deutschland e. V. angeschlossen und veröffentlichen auf unserer Webseite zentrale Informationen zur Herkunft und der Verwendung unserer Mittel.

9. Umbau der Website www.zukunftsforum-familie.de

Eine veraltete Version des CMS, welches der Verbandswebsite zu Grund lag, machte eine Neuaufstellung und die Migration der Website in ein neues CMS notwendig. In diesem Zusammenhang wurde der Internetauftritt des ZFF leicht überarbeitet.

C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

10. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung

Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung sowie auf Landesebene gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit des ZFF. Im Zuge der Erarbeitung tritt der Verband meist in den intensiven Austausch mit seinen Mitgliedern und sorgt so dafür, dass bundespolitische Vorhaben auf der Ebene der Praxis gegengeprüft werden.

Im Zusammenhang mit den staatlichen Reaktionen auf die Corona-Pandemie, aber auch darüber hinaus hat das ZFF einige Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen verfasst. Im März 2020 wurde

eine fachpolitische Stellungnahme zur Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutzpaket) verfasst. Im April 2020 veröffentlichte das ZFF die Stellungnahme zur Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für Maßnahmen im Elterngeld aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2.

Im März 2020 wurde eine fachpolitische Stellungnahme zum „Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes“ erarbeitet. Im Dezember 2020 war Alexander Nöhring als Sachverständiger in der Anhörung zu dem entsprechenden Gesetzentwurf im Familienausschuss des Deutschen Bundestages geladen.

Um das Thema monetäre Leistungen für Familien drehten sich verschiedene Stellungnahmen des ZFF. Im Juli 2020 formulierte das ZFF eine Stellungnahme zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz - 2. FamEntlastG)". Anlässlich öffentlicher Anhörungen formulierte das ZFF Stellungnahmen „zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 05. Oktober 2020 zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Faire Chancen für jedes Kind – Kindergrundsicherung einführen" sowie zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Kinderarmut überwinden, Kindergrundsicherung einführen"“ sowie „zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 2.

November 2020 zum Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes“ und weiterer Anträge“. Alexander Nöhring und Nikola Schopp waren als Sachverständige in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages geladen.

Ebenfalls hat sich das ZFF mit einer Stellungnahme „zum Entwurf eines Gesetzes des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Digitalisierung von Familienleistungen“ geäußert. Die Veröffentlichungen der Stellungnahmen wurden durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

11. Austausch mit politischen Akteur*innen

Auch im Jahr 2020 stand das ZFF mit zahlreichen Akteur*innen von Politik und Verbänden im Austausch.

Auf Einladung des BMFSFJ nahm das ZFF im Jahr 2020 an einer (telefonischen) Verbändeanhörung zur Reform des Elterngeldes teil. Darüber hinaus stand es zum Thema Förderung der Familienbildung und europäischen Familienbegegnung mit dem Ministerium im Austausch und führte im Herbst 2020 das regelmäßige Verbändegespräch mit dem zuständigen Referat.

Mitglieder des Deutschen Bundestages luden zu zahlreichen (überwiegend digitalen) Einzelgesprächen und Verbänderunden ein, so bspw. die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE. und der FDP. Auch mit der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Fraktionsreferent*innen stand das ZFF in regem Austausch. Von zentralem Interesse waren dabei die Erfahrungen und Herausforderungen von Familien und familienunterstützenden Angeboten in der Krise. Daneben tauschte sich das ZFF zu zahlreichen aktuellen politischen Entwicklungen aus, bspw. zum 2. Familienentlastungsgesetz, zur Regelbedarfsermittlung, zur Kindergrundsicherung (Entwicklung von Parteien-Konzepten), zur Verankerung von Kinderrechten ins Grundgesetz, zum Thema Familienbildung sowie zur partnerschaftlichen Vereinbarkeit bzw. der Weiterentwicklung des Elterngeldes.

Zur Entwicklung einer europäischen „Kindergarantie“ und der Weiterentwicklung der europäischen Säule sozialer Rechte führte das ZFF Gespräche u.a. mit Gabriela Bischoff, MdEP sowie der Volkshilfe Österreich.

Ab Herbst 2020 stand das ZFF auch im Austausch mit Parteien, v.a. der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE. in Bezug auf die Entwicklung von Programmen zur Bundestagswahl.

12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“

Als zentrales Instrument der Mitgliederbindung sowie der Präsenz in der politischen und fachpolitischen Öffentlichkeit erschien der Newsletter „ZFF-Info“ im Jahr 2020 insgesamt 14 Mal. Dabei wurden aktuelle familienpolitische Entwicklungen zusammengefasst, teilweise kommentiert, Aktivitäten der Mitglieder vorgestellt sowie auf Fachveranstaltungen hingewiesen. Im Verteiler für den Newsletter befinden sich mittlerweile 936 Adressen.

13. Verbandszeitschrift „vielfalt familie“

Die Zeitschrift "vielfalt familie" erschien 2020 mit dem Schwerpunktthema "Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf - Sorge um Pflegebedürftige als gesamtgesellschaftliche Aufgabe". Mit der Erarbeitung der Zeitschrift setzt das ZFF auch die im Jahr 2017 beschlossene Weiterentwicklung um: Das Schwerpunktthema der Zeitschrift wurde in das Jahresthema des ZFF eingebunden und erschien wieder in einer kleinen Auflage als Druckexemplar, wurde an ausgewählte Akteur*innen versendet und gleichzeitig an einen E-Mail-Verteiler mit rund 860 Adressen.

14. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die thematischen und politischen Diskussionen und Einschätzungen einem breiten Adressatenkreis bekannt zu machen, wurden im Jahr 2020 insgesamt 33 Pressemitteilungen verschickt, die in regionaler und überregionaler Presse aufgenommen wurden.

Neben einem Interview zur Familienpolitik in der Pandemie, welches im „vorwärts“ erschien, diskutierte Alexander Nöhring in dem SPD Podcast-Format „talking red“ mit Serpil Midyatli, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD, zu Herausforderungen für Familien in der Pandemie.

Darüber hinaus koordinierte das ZFF den offenen Brief „Stärkung der Familienbildung jetzt! Offener Brief anlässlich der Reform des SGB VIII“ (Februar 2021) und beteiligte sich an der Erarbeitung der gemeinsamen Erklärung „Verbändebündnis fordert Umsetzung des Koalitionsvertrags für Alleinerziehende und Trennungsfamilien“ (Februar 2021).

D. Weitere Aktivitäten

15. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen

Das Zukunftsforum Familie wirkt in verschiedenen Gremien von Dachverbänden, Mitgliedsverbänden und Parteien mit, um seine Positionen in diese Foren zu tragen und in der gemeinsamen Diskussion mit anderen Verbandsvertreter*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen abzustimmen und weiterzuentwickeln.

In folgenden Gremien ist dies 2020 erfolgreich geschehen:

a. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (DV)

Das ZFF ist seit seiner Gründung in verschiedenen Gremien des DV vertreten, seit 2017 ist es auch eigenständiges Mitglied. Ziel der Teilnahme ist die Vermittlung eigener Positionen, die gemeinsame Diskussion von Gesetzesvorhaben und Themen im Kreis von (Familien-)Verbänden, Wissenschaft, Kommunal- und Ländervertreter*innen sowie die Vereinbarung gemeinsamer Strategien.

- Fachausschuss Jugend und Familie: In 2020 hat sich der Fachausschuss v.a. mit der Reform der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII bzw. Kinder- und Jugendstärkungsgesetz), der Entwicklung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule, den Folgen der Corona-Pandemie für Kinder, Jugendliche, ihre Familien und die unterstützenden sowie pädagogischen Angebote, mit einer Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts, mit der qualitativen Weiterentwicklung von Familienzentren sowie mit Fragen des Adoptionsrechts und des Betreuungsrechts befasst.
- Arbeitskreis Familienpolitik: Im Berichtsjahr hat sich der AK u. a. mit folgenden Themen beschäftigt: Bericht des Unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Austausch mit Vertreter*innen der Sachverständigenkommission zum Neunten Familienbericht, Reform des Adoptionshilfegesetzes und Reform des SGB VIII.
- Arbeitsgruppe Reformbedarf Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht: Im Jahr 2020 war Nikola Schopp Mitglied in der AG, die ein umfangreiches Papier zu dem Thema erarbeitet hat, das unter dem Titel „Empfehlungen des Deutschen Vereins für eine Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts“ im November 2020 vom Präsidium des Deutschen Vereins verabschiedet wurde.

b. Arbeiterwohlfahrt (AWO)

- Fachausschuss Jugend und Bildung des AWO Bundesverbandes e. V.: In ihrer Funktion als AWO-Präsidiumsmitglied leitet die (bis Oktober 2020) ZFF-Vorsitzende Christiane Reckmann den Ausschuss. Das ZFF wird hier darüber hinaus vertreten durch Birgit Merkel (stellv. ZFF-Vorsitzende), Britta Altenkamp (Beisitzende, seit Oktober 2020 Vorsitzende) sowie Alexander Nöhring (Geschäftsführer). Der Fachausschuss hat im Berichtsjahr drei Mal getagt und sich u. a. mit den Folgen der Corona-Pandemie für Kinder, Jugendliche, Familien, Frauen und die unterstützenden Einrichtungen und Dienste, der besseren Absicherung von Care/Optionszeitenmodell, der Reform der Kinder- und Jugendhilfe und den Folgen für die Einrichtungen der AWO, der Stärkung der Familienbildung, der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie der intensiven Vorbereitung (Antragsentwicklung und -beratung) für die Bundeskonferenz der AWO (im Sommer 2021) befasst.
- Bundesausschuss: Birgit Merkel (stellvertretende Vorsitzende) nahm für das ZFF an den drei Sitzungen des AWO-Bundesausschusses teil, auch Alexander Nöhring hat (als Gast) teilgenommen.

c. Bundesforum Familie

Im Frühjahr 2020 hat das Bundesforum Familie die Ergebnisse seiner zweijährigen Themenphase „Familie, Partizipation und Demokratie“ in einer Broschüre veröffentlicht. Das Netzwerk hat in dem Jahr seine Themenphase „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ begonnen, das ZFF engagiert sich weiter aktiv und wurde durch die stellvertretende ZFF-Vorsitzende Birgit Merkel und die Referentin Lisa Sommer vertreten. Birgit Merkel arbeitete in der Arbeitsgruppe „Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur: Beteiligung, Bedarfe und Angebote“ mit,

Lisa Sommer unterstützte die Arbeitsgruppe „Gutes Wohnen für Familien: Eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft“.

d. Bündnis Kindergrundsicherung

Die intensive Arbeit des ZFF und des Bündnisses hat auch in 2020 dazu geführt, dass das Thema Kindergrundsicherung weiter auf der politischen Tagesordnung geblieben ist und Eingang in Parteiprogramme zur Bundestagswahl (sowie in Anträge der Fraktionen im Bundestag) gefunden hat, allen voran die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die LINKE, sowie die FDP („Kinderchancengeld“). Darüber hinaus stand das ZFF im Rahmen des Bündnisses im Austausch mit zahlreichen weiteren Akteur*innen, die sich mit dem Thema intensiv befassen wie bspw. die Caritas, die Diakonie oder der DGB. Ebenso ist es gelungen, mit dem Sozialverband VdK Deutschland e. V. einen der großen Sozialverbände als neues Mitglied im Bündnis zu begrüßen.

Ebenfalls im Rahmen seiner Bündnisaktivitäten stand das ZFF im regelmäßigen Austausch mit der Bertelsmann Stiftung (Projekt „Politik vom Kind aus denken“), dem Deutschen Verein, der Volkshilfe Österreich sowie dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, welches im Rahmen eines ASMK-Prozesses einen Beschluss zur Kindergrundsicherung vorbereitet hat. Dieser Beschluss wurde im Dezember 2020 gefasst und vom Bündnis sehr begrüßt.

Bündnisintern wurde intensiv eine alternative Form der Rückführung bzw. des Abschmelzens der Kindergrundsicherung diskutiert und es ist gelungen, das Institut für die Zukunft der Arbeit bzw. Prof. Dr. Holger Bonin für entsprechende Berechnungen und Mikrosimulationen zu gewinnen. Diese wurde im April 2021 veröffentlicht.

Das ZFF hielt darüber hinaus auch im Jahr 2020 (überwiegend digital ausgestaltete) Vorträge zum Thema Kindergrundsicherung und Kinderarmut.

e. Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Auch in 2020 beteiligte sich das ZFF intensiv an den Diskussionen im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Im Zentrum stand dabei der Austausch zur Regelbedarfsermittlung und die Vor- sowie Nachbereitung eines gemeinsamen Briefes an BMAS und Bundestagsfraktionen. Es folgten zahlreiche gemeinsame Gespräche u.a. mit der SPD Bundestagsfraktion.

f. Nationale Armutskonferenz (nak) / Ratschlag Kinderarmut

Das ZFF arbeitete auch in 2020 intensiv in den Gremien, der Delegiertenversammlung und der Delegation der AWO in der nak mit. Da die AWO in 2019 / 2020 die Federführung der nak übernommen hat, waren die Absprachen in besonderem Maße intensiv. Hierzu gehört auch, dass das ZFF die Koordination des Ratschlags Kinderarmut übernahm, einem freien Zusammenschluss zahlreicher Organisationen, die zu dem Thema Kinderarmut arbeiten. Das ZFF organisierte mehrere Treffen des Koordinierungskreises und koordinierte die Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung „Ein gutes Aufwachsen von allen Kindern und Jugendlichen muss in unserer Gesellschaft Priorität haben!“ zum 01. Juni 2020, die von 59 Organisationen und Wissenschaftler*innen unterzeichnet wurde. Diese Erklärung ist damit eine der größten zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse zum Thema Kinderarmut.

Interne Herausforderungen machten es notwendig, dass sich die nak seit Herbst 2020 in einem Prozess der Organisationsentwicklung befindet. Alexander Nöhring übernahm im Januar 2021 gemeinsam mit einer Kollegin von der Caritas die Moderation und Steuerung dieses Prozesses, der voraussichtlich erst Ende 2021 abgeschlossen sein wird.

g. Teilnahme an Veranstaltungen

Auch im Berichtsjahr hat das ZFF an zahlreichen Gesprächen, Tagungen und Konferenzen teilgenommen.

III. Aktivitäten im Januar/Februar 2021

Im Jahr 2021 werden wir uns weiter mit dem Thema der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auseinandersetzen. Unsere Fachtagung, die wir im Jahr 2020 in Kooperation mit dem AWO Bundesverband durchführen wollten, musste Corona-bedingt leider ausfallen. Diese holen wir im Frühjahr 2021 als Online-Veranstaltung nach (Mai 2021 erfolgt). Dabei diskutieren wir, wie der Weg zu einer pflegefreundlichen Gesellschaft aussieht.

Alexander Nöhring war als Sachverständiger zur öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages zu Reformvorschlägen zur Neuregelung der Kinderkrankentage der Fraktion DIE LINKE. und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geladen.

Daneben haben wir zu folgenden Themen gearbeitet und uns aktiv in Verbändebündnisse eingebracht: Forderung nach einem Umgangsmehrbedarf im SGB II und Forderung nach Stärkung von Angeboten der Familienbildung im Zuge der SGB VIII Reform.

Bis Ende Februar wurden umgesetzt:

- Vorbereitung der Fachtagung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“, gemeinsam mit dem AWO Bundesverband e.V.,
- Veröffentlichung einer fachpolitischen Stellungnahme zu Reformvorschlägen zur Neuregelung der Kinderkrankentage aus dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- regelmäßige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Form des ZFF-Newsletters und Pressemitteilungen.

Darüber hinaus hat das ZFF an zahlreichen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen teilgenommen, so z. B. beim AWO Bundesverband, DV (Fachausschuss Jugend und Familie, AK Familienpolitik), in der nak und dem Bundesforum Familie.

IV. Erfahrungen und Ergebnisse

Im Jahr 2020 hat sich das Zukunftsforum Familie mit der Situation von Familien während der Corona-Pandemie auseinandergesetzt, staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Stellungnahmen kommentiert, presseöffentlich begleitet und seine Mitglieder sowie die (Fach-)Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen aus der Perspektive von Familien informiert. Daneben setzte es seine Arbeit zu den Themen „Kinderarmut“, „Zeitpolitik“ und „Partnerschaftlichkeit“ fort und erarbeitete weitere

Expertise beim Thema „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“. Auch die Bündnis- und Netzwerkarbeit sowie die Interessensvertretung im politischen Raum wurden erfolgreich fortgeführt und intensiviert.

Die Zahl der Pressemitteilungen hat sich im Jahr 2020 erhöht.

Schließlich wurde die Arbeit des Verbandes durch die Werbung neuer Mitglieder stabilisiert. Im Jahr 2021 werden weitere Eintritte angestrebt. Durch dieses Wachstum ist die weitere Verbreitung der fachlichen ZFF-Positionen gesichert.

Organisatorisch war das Jahr geprägt von der Arbeit unter den Bedingungen der Pandemie sowie vom Wechsel an der Verbandsspitze.

V. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Im Jahr 2020 hat das ZFF zu zahlreichen Themen Expertise neu aufgebaut und gleichzeitig an bisherigen Themen weitergearbeitet. Dabei wurde die Bündnisarbeit weiter intensiviert, was dem Verband nicht nur die Möglichkeit gibt, im Austausch zu lernen, sondern auch, gemeinsam mit anderen Verbänden, seine Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen.

Auf diese Bündnisarbeit konnte in 2021 vielfach gut aufgebaut werden. Weiter widmen wir uns intensiv den Folgen der Corona-Pandemie für Familien und begleiten politische Unterstützungsmaßnahmen kritisch. Dabei zeigt sich, dass die Folgen der Pandemie soziale Ungerechtigkeiten „wie unter einem Brennglas“ verschärfen und auch die Politik nach wie vor keine adäquate Strategie gegen Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien entwickelt hat. Gleiches gilt für die Auswirkungen der Pandemie auf Geschlechterverhältnisse, insbesondere in der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb von Familien.

Diese Themen wollen wir auch im Rahmen unserer Begleitung des anstehenden Bundestagswahlkampfes aufgreifen. Diesen wollen wir mit dem Schwerpunktthema „Für die solidarische Absicherung von Fürsorge“ begleiten und u. a. die Wahlprogramme der Parteien kritisch beleuchten.